

Ressort: Politik

SPD-Politiker widersprechen Steinbrück: Kanzler verdient nicht zu wenig

Berlin, 29.12.2012, 13:31 Uhr

GDN - Mehrere SPD-Politiker haben der Äußerung von Kanzlerkandidat Peer Steinbrück widersprochen, ein Bundeskanzler verdiene zu wenig. Allerdings stimmten sie zu, dass der Unterschied zwischen den Spitzengehältern in der Wirtschaft und in der Politik beträchtlich sei.

"Als Bundeskanzler zu dienen ist eine hoch faszinierende Tätigkeit, die nicht ganz schlecht bezahlt wird. Wenn wir Politiker uns an den Gehältern in der Wirtschaft orientieren, dann machen wir einen Fehler", sagte der Bundestagsabgeordnete Dieter Wiefelspütz der "Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung". "Unsere Gehälter sichern uns eine gute bürgerliche Existenz - mehr muss nicht sein." Steinbrück hatte in einem Interview mit der F.A.S. die Auffassung vertreten, ein Bundeskanzler verdiene gemessen an seiner Leistung zu wenig. "Nahezu jeder Sparkassendirektor in Nordrhein-Westfalen verdient mehr als die Kanzlerin", sagte Steinbrück. Der Kieler Bundestagsabgeordnete Hans-Peter Bartels entgegnete, es sei manchmal wichtig, darauf hinzuweisen, dass Politiker nicht übermäßig verdienten. "Doch sollten wir uns eher mit den Gehältern im öffentlichen Dienst vergleichen als mit den Spitzengagen in der Wirtschaft", sagte Bartels. Dann hätten die Gehälter von Spitzenpolitikern eine sehr ordentliche Größe. Ein politisches Spitzenamt wie das des Bundeskanzlers zu bekleiden sei auch eine Ehre. "Man macht es nicht, um reich zu werden", sagte Bartels. Es sei zwar richtig, dass für das Gehalt eines Bundeskanzlers die Spitzenmanager führender Unternehmen "keinen Finger rühren würden", sagte der SPD-Haushaltspolitiker Carsten Schneider. Allerdings bedeute das nicht, dass man das Kanzlergehalt erhöhen müsse. "Das ist die bestbezahlte Tätigkeit in der Bundesregierung mit Pensionsansprüchen, die durchaus angemessen sind", sagte Schneider. Kanzler werde man, um politisch gestalten zu können - ebenso wie man deswegen Bundestagsabgeordneter werde. Der schleswig-holsteinische SPD-Vorsitzende Ralf Stegner sagte, wenn man das Gehalt des Bundeskanzlers mit dem eines Sparkassenchefs vergleiche, gebe es ein Missverhältnis. Daraus folge aber nicht, dass die Politikergehälter erhöht werden müssten. "Wir machen das freiwillig und brauchen keine zusätzlichen Anreize für gewählte Ämter."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-4918/spd-politiker-widersprechen-steinbrueck-kanzler-verdient-nicht-zu-wenig.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619